



63 Bericht von Kira Baresel, Heike Eulitz, Uwe Fachinger, Markus M. Grabka, Christoph Halbmeier, Harald Künemund, Alberto Lozano Alcántara und Claudia Vogel

Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen geht an die reichsten zehn Prozent aller Begünstigten

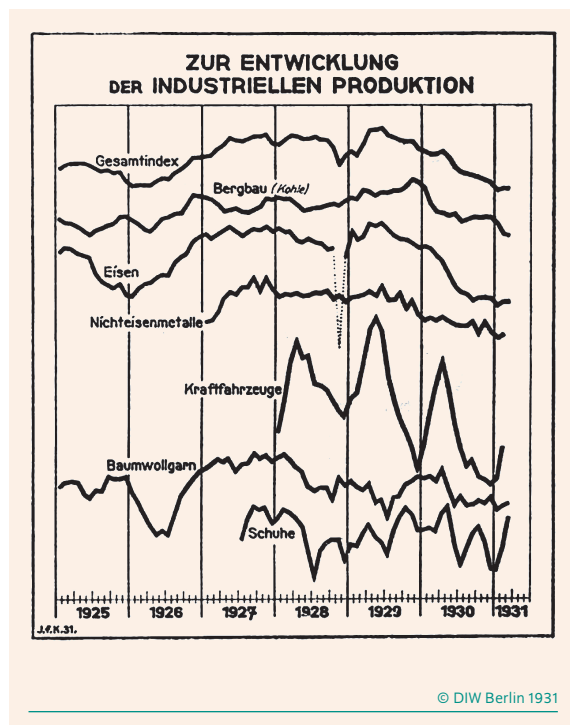
- Jede(r) Zehnte in Deutschland hat eine Erbschaft oder größere Schenkung erhalten
- Summen der Transfers haben sich im Schnitt real um knapp 20 Prozent erhöht
- Erbschaften und Schenkungen erhöhen absolute Vermögensungleichheit

72 Interview mit Markus M. Grabka

76 Kommentar von Alexander Kriwoluzky

Schuldenbremse lieber modifizieren als abschaffen

Die industrielle Produktion.



Im zweiten Halbjahr 1930 war im Rückgang der industriellen Warenerzeugung keine weitere Verschärfung, auf Teilgebieten sogar eine Verlangsamung im Tempo des Abschwungs eingetreten. Diese Verlangsamung, die die fortschreitende Annäherung an den konjunkturellen Tiefpunkt zum Ausdruck bringt, hat in den letzten Monaten angehalten. Die Indexziffer der Produktion wichtiger Industriezweige stellt sich (1928 = 100) im Januar auf 68,5, im Februar und März nach vorläufigen Unterlagen auf 70,2 (im März 1930 betrug sie 92,7). Für die Monate November 1930 bis Februar 1931 ergibt sich ein durchschnittlicher Rückgang von nur 2,3 Prozent, während zum Beispiel in den Monaten Mai bis Juli 1930 der Produktionsindex je Monat um über fünf Prozent gesunken ist. Auch andere Symptome, die nach den bisherigen Erfahrungen ein zuverlässiges Bild von der Bewegung der Gesamtproduktion gewähren (zum Beispiel Stromverbrauch), lassen erkennen, dass sich in den letzten Monaten offenbar der Produktionsrückgang nicht weiter verschärft hat. Die Zunahme der Produktion vom Januar zum Februar, wie sie in der vorläufigen Indexziffer zum Ausdruck kommt, ist aber nicht als Zeichen konjunktureller Besserung aufzufassen; sie ist im Wesentlichen saisonmäßiger Natur. Und zwar wird die gegenwärtige Saisonbelegung fast ausschließlich von den verarbeitenden Industrien getragen.

Aus dem Wochenbericht Nr. 5 vom 29. April 1931

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 3. Februar 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Dr. Stefan Bach

Redaktion

Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Petra Jasper;
Sebastian Kollmann; Sandra Tubik

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

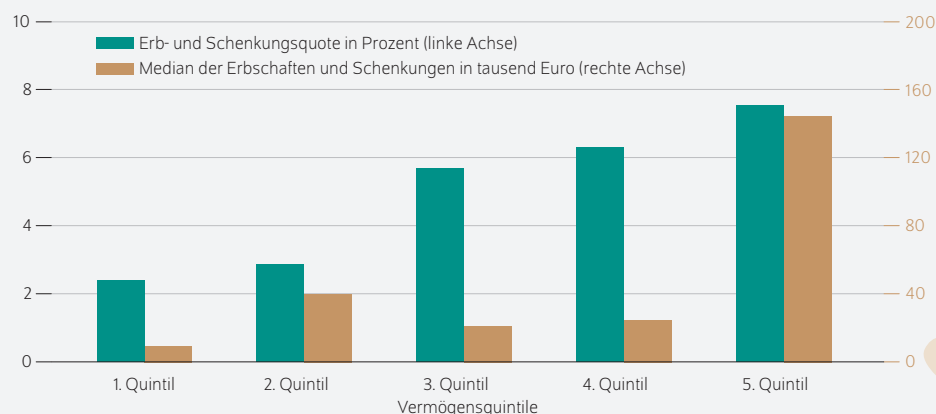
Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen geht an die reichsten zehn Prozent aller Begünstigten

Von Kira Baresel, Heike Eulitz, Uwe Fachinger, Markus M. Grabka, Christoph Halbmeier, Harald Künemund, Alberto Lozano Alcántara und Claudia Vogel

- Jede(r) zehnte Erwachsene in Deutschland hat SOEP-Daten zufolge in den letzten 15 Jahren eine Erbschaft oder größere Schenkung erhalten
- Summen der Transfers haben sich in betrachteten Zeiträumen im Schnitt real um knapp 20 Prozent erhöht
- Erbschaften und Schenkungen sind ungleich verteilt: Die obersten zehn Prozent der EmpfängerInnen erhalten die Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen
- Erbschaften und Schenkungen erhöhen absolute Vermögensungleichheit
- Um absoluter Ungleichheit entgegenzuwirken, könnten Freibeträge an unterschiedliche Familienformen angepasst und die Zehnjahresfrist aufgehoben werden

Die reichsten 20 Prozent erhalten drei- bis viermal so hohe Erbschaften und Schenkungen wie alle anderen
Quote in Prozent (linke Achse) und Höhe in tausend Euro¹



¹ In Preisen von 2015.

Anmerkungen: Erwachsene Personen in Privathaushalten, Vermögensinformationen mit 0,1-prozentigem Top-Coding, Informationen der Jahre 2012 und 2017, Quintile basierend auf dem Jahr 2012 berechnet.

Quelle: SOEP v35.

© DIW Berlin 2021



ZITAT

„Die Erbschaftswelle verschärft die absolute Vermögensungleichheit. Die Politik sollte dem entgegensteuern, indem sie beispielsweise verhindert, dass das Vererben großer Vermögen mit der Zehnjahresfrist zeitlich gesplittet wird.“

— Markus M. Grabka —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Markus M. Grabka
www.diw.de/mediathek

Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen geht an die reichsten zehn Prozent aller Begünstigten

Von Kira Baresel, Heike Eulitz, Uwe Fachinger, Markus M. Grabka, Christoph Halbmeier, Harald Künemund, Alberto Lozano Alcántara und Claudia Vogel

ABSTRACT

Rund zehn Prozent aller Erwachsenen in Deutschland haben in den vergangenen 15 Jahren mindestens eine Erbschaft oder größere Schenkung erhalten. Die durchschnittliche Höhe dieser Erbschaften beläuft sich dabei real auf etwas mehr als 85 000 Euro pro Person, jene der Schenkungen auf 89 000 Euro, wie Daten des Sozio-oekonomischen Panels zeigen. Gegenüber dem Jahr 2001 haben sich die Erbschaften und Schenkungen im Durchschnitt real um etwa 20 Prozent erhöht. Intergenerationale Transfers sind ungleich verteilt: So fließt die Hälfte aller Erbschafts- und Schenkungssummen an die reichsten zehn Prozent der Begünstigten. Erbschaften und Schenkungen erhöhen damit die absolute Ungleichheit. Vor diesem Hintergrund sollte die Zehnjahresfrist – Freibeträge können alle zehn Jahre erneut in Anspruch genommen werden – aufgehoben werden, damit Freibeträge nicht mehrmals geltend gemacht werden können. Gleichzeitig aber haben kleine und mittlere Erbschaften und Schenkungen eine dämpfende Wirkung auf die Vermögenskonzentration, also die relative Ungleichheit. Daher sollten die Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer – auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl von Patchworkfamilien – gleichmäßiger über die verschiedenen Personengruppen und Verwandtschaftsgrade verteilt werden.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland auf 13,8 Billionen Euro mehr als verdoppelt.¹ Davon könnten nach Schätzungen des DIW Berlin jedes Jahr bis zu 400 Milliarden Euro vererbt oder verschenkt werden.² Dieser Beitrag³ aktualisiert die Berichterstattung des DIW Berlin zur Struktur und zum Umfang des Erbschafts- und Schenkungsgeschehens in Deutschland und stellt die Auswirkungen auf die Vermögensungleichheit dar.⁴ Datengrundlage für den vorliegenden Bericht sind Angaben des am DIW Berlin angesiedelten Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer Befragung unter rund 15 000 Haushalten in Deutschland, die in Zusammenarbeit mit dem Erhebungsinstitut Kantar durchgeführt wird.⁵ In den Jahren 2001 und 2017 wurde in Schwerpunktbefragungen der Erhalt von Erbschaften oder größeren Schenkungen erfasst. Die folgenden Angaben beziehen sich auf jeweils 15 Jahre, konkret auf die Zeiträume 1986 bis 2001 und 2002 bis 2017, der letztmaligen Erhebung des Erhalts intergenerationaler Transfers im SOEP.⁶

1 Zum Sektor der privaten Haushalte zählt das Statistische Bundesamt auch private Organisationen ohne Erwerbszweck, wie Kirchen und Stiftungen. Vgl. Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt (2020): Vermögensbilanzen. Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen. 1999-2019 (online verfügbar, abgerufen am 19.1.2021). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt.

2 Anita Tiefensee und Markus M. Grabka (2017): Das Erbvolumen in Deutschland dürfte um gut ein Viertel größer sein als bisher angenommen. DIW Wochenbericht Nr. 27, 565–570 (online verfügbar).

3 Wir danken dem Forschungsnetzwerk Alterssicherung der Deutschen Rentenversicherung Bund für die finanzielle Unterstützung dieses Forschungsvorhabens, Förderkennzeichen 0640-FNA-P-2018-22.

4 Vgl. die bisherige Berichterstattung des DIW Berlin zum Thema auf Basis des SOEP: Martin Kohli et al. (2005): Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Claudia Vogel, Harald Künemund und Uwe Fachinger (Hrsg.) (2010): Die Relevanz von Erbschaften für die Alterssicherung. Berlin: Deutsche Rentenversicherung Bund (online verfügbar); auf Grundlage der Angaben der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik: Stefan Bach und Andreas Thiemann (2016): Hohe Erbschaftswelle, niedriges Erbschaftsteueraufkommen. DIW Wochenbericht Nr. 3, 63–71 (online verfügbar) oder auf Grundlage der Daten des Household Finance and Consumption Survey: Christian Westermeier, Anita Tiefensee und Markus M. Grabka (2016): Erbschaften in Europa: Wer viel verdient, bekommt am meisten. DIW Wochenbericht Nr. 17, 375–386 (online verfügbar).

5 Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird; vgl. Jan Goebel et al. (2018): The German Socio-Economic Panel (SOEP). *Journal of Economics and Statistics*, 239(29), 345–360 (online verfügbar).

6 In den Analysen wird die Perspektive der Begünstigten von intergenerationalen Transfers eingenommen und keine Beschreibung der ErblasserInnen beziehungsweise der SchenkerInnen vorgenommen.

Bei den Ergebnissen ist zu beachten, dass insbesondere sehr hohe Erbschaften und Schenkungen unterschätzt sein dürften, da in bevölkerungsrepräsentativen Stichproben wie dem SOEP die Spitze der Vermögensverteilung bis zum Jahr 2019 nicht vollständig abgebildet wurde.⁷

Durchschnittlich belaufen sich Erbschaften real auf 85 000 Euro

Für die beiden Untersuchungszeiträume geben gut sieben Prozent aller Erwachsenen an, dass sie in den vergangenen 15 Jahren mindestens eine Erbschaft erhalten haben. Der inflationsbereinigte Betrag⁸ beläuft sich dabei im ersten Zeitraum (1986 bis 2001) durchschnittlich auf rund 72 500 Euro (Tabelle 1). Im zweiten Zeitraum (2002 bis 2017) steigt dieser um 17 Prozent auf 85 000 Euro. Die vielfach beschriebene Erbschaftswelle kommt langsam in der Bevölkerung an.⁹ Da der Durchschnittswert von Ausreißern beeinflusst wird, ist zusätzlich der Median¹⁰ zu betrachten: Dieser fällt gegenüber dem Mittelwert deutlich geringer aus und beläuft sich für den ersten Zeitraum auf etwa 26 000 Euro. Im zweiten Zeitraum steigt er um knapp ein Viertel auf 32 000 Euro.

Intergenerationale Transfers können in Form von Erbschaften post-mortem oder in Form von Schenkungen, also zu Lebzeiten des Schenkenden, stattfinden. Im ersten Zeitraum berichten etwas mehr als vier Prozent der befragten Erwachsenen, mindestens eine größere Schenkung erhalten zu haben; im zweiten Zeitraum sinkt dieser Anteil leicht auf knapp drei Prozent.¹¹ Zeitgleich steigt aber die durchschnittliche Höhe von Schenkungen: von 74 500 Euro auf knapp 89 000 Euro – ein Zuwachs um rund ein Viertel. Gemessen am Median fällt der Zuwachs mit etwa 39 Prozent sogar noch größer aus, von knapp 26 000 Euro auf zuletzt knapp 36 000 Euro.

Intergenerationale Transfers sind stark ungleich verteilt

Das Gesamtvolumen aller Transfers beträgt nach Angaben des SOEP im Zeitraum 2002 bis 2017 pro Jahr durchschnittlich

Tabelle 1

Erbschaften und größere Schenkungen in den Zeiträumen 1986–2001 und 2002–2017

Quoten in Prozent und Summen in Euro

	1986–2001	2002–2017
Erbquote in Prozent	7,2	7,3
Erbsumme in Euro		
Mittelwert	72 426	85 052
Median	26 193	32 148
1. Perzentil	520	750
99. Perzentil	648 848	772 400
Schenkungsquote in Prozent	4,3	2,9
Schenkungssumme in Euro		
Mittelwert	74 426	88 703
Median	25 956	35 952
1. Perzentil	693	995
99. Perzentil	654 591	870 511
Anteil Erbschaften/Schenkungen ≥ 400 000 Euro in Prozent		3,4

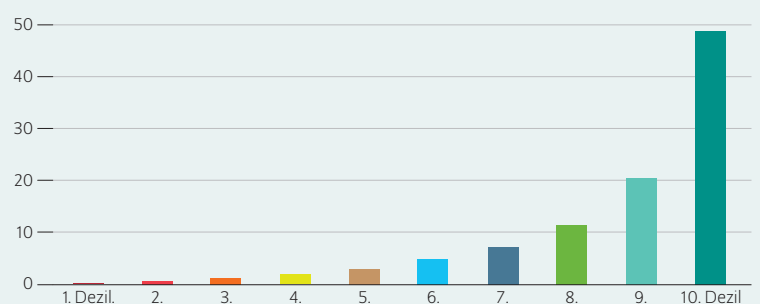
Anmerkungen: Ergebnisse mit einem 1-prozentigen Top + Bottom Coding, real in Preisen von 2015, 2017 basierend auf imputierten Angaben.

Quelle: SOEP v34.

© DIW Berlin 2021

Abbildung 1

Verteilung intergenerationaler Transfers nach Dezilen 2017 In Prozent



Anmerkungen: Erwachsene Personen mit Erhalt von intergenerationalen Transfers. Erbschaften und Schenkungen wurden retrospektiv für die vergangenen 15 Jahren im Jahr 2017 erhoben. Ergebnisse mit einem 1-prozentigen Top + Bottom Coding.

Quelle: SOEP v35.

© DIW Berlin 2021

Fast die Hälfte der Erbschaften und Schenkungen konzentriert sich auf zehn Prozent der Begünstigten.

⁷ Mit der Erhebung 2019 wurde eine Zusatzstichprobe von Top-Shareholdern im SOEP aufgenommen, die den Zweck verfolgt, die Datenlücke am obersten Rand der Vermögensverteilung zu schließen, vgl. Carsten Schröder et al. (2020): MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen. DIW Wochenbericht Nr. 29, 512–520 (online verfügbar). Neben der Untererfassung von hohen Erbschaften und Schenkungen dürften auch Erinnerungsfehler dazu führen, dass in den Antworten der Befragten entsprechende Transfers unterschätzt werden.

⁸ In Preisen von 2015 deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes.

⁹ Vgl. z. B. Julia Friedrichs (2016): Wir Erben. Warum Deutschland ungerechter wird. Piper.

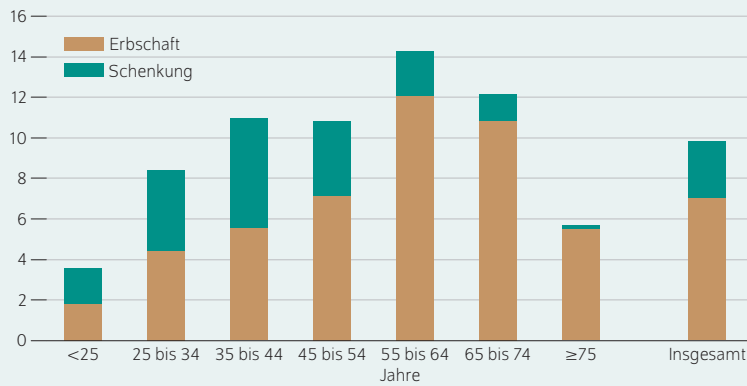
¹⁰ Der Median ist der Wert, der die reichere Hälfte der Bevölkerung – hier die ErbInnen und Beschenkten – von der ärmeren trennt. Vgl. Definition des Begriffs Medianeinkommen im DIW Glossar (online verfügbar).

¹¹ Ein Grund für den Rückgang könnte sein, dass aufgrund der steigenden Lebenserwartung zusätzliche Kosten für Krankheit und Pflege entstehen. Dadurch könnten Vermögen bereits aufgebraucht sein und weniger Schenkungen an nachfolgende Generationen vorgenommen werden. Des Weiteren dürfte die Notwendigkeit für eine stärkere private Altersvorsorge auch dazu beitragen, dass Vermögen seltener generationenübergreifend übertragen wird.

Abbildung 2

Erb- und Schenkungsquote 2017 nach Altersgruppen

Häufigkeit in der jeweiligen Altersgruppe in Prozent



Anmerkungen: Erwachsene Personen in Privathaushalten, Erbschaften und Schenkungen wurden retrospektiv für die vergangenen 15 Jahren jeweils im Jahr 2001 und 2017 erhoben. Ergebnisse mit einem 1-prozentigen Top + Bottom Coding.

Quelle: SOEP v35.

© DIW Berlin 2021

Während die meisten Schenkungen vor allem der Generation bis zu einem Alter von 45 Jahren zufließen, erhalten Ältere eher Erbschaften.

134 Milliarden Euro (in Preisen von 2015).¹² Die ungleiche Verteilung der Erbschaften und Schenkungen kann durch den Anteil am Gesamtvolumen intergenerationaler Transfers beschrieben werden (Abbildung 1). Hierzu werden Dezile des Erb- und Schenkungsaggregats gebildet. Dabei werden die Personen, die Erbschaften und Schenkungen erhalten haben, nach der Höhe des gesamten Transfers sortiert und in zehn Gruppen (Dezile) eingeteilt. Das erste (zehnte) Dezil beschreibt die zehn Prozent der Personen mit den geringsten (höchsten) Transfers.

Die unteren fünf Dezile haben im Zeitraum 2002 bis 2017 einen Anteil am Gesamtvolumen der Transfers von etwas mehr als sieben Prozent erhalten. Fast 50 Prozent des Erbschafts- und Schenkungsvolumens fließen an die zehn Prozent der EmpfängerInnen mit den höchsten Beträgen. Dies bedeutet, dass die unteren 90 Prozent der ErbInnen und Beschenkten zusammengekommen etwa so viel erhalten wie die oberen zehn Prozent. Die Ungleichheit der Erbschaften und Schenkungen fällt damit insgesamt in etwa so groß aus wie jene der individuellen Nettovermögen. Die zehn Prozent der vermögendsten Personen halten zwei Drittel des Gesamtvermögens.¹³ Die relative Vermögensungleichheit im Jahr 2017, gemessen am Gini-Koeffizienten, liegt auf einer Skala von 0 bis 1 in Deutschland bei 0,81 und damit im internationalen Vergleich sehr hoch.¹⁴

Die Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen erhält am häufigsten intergenerationale Transfers

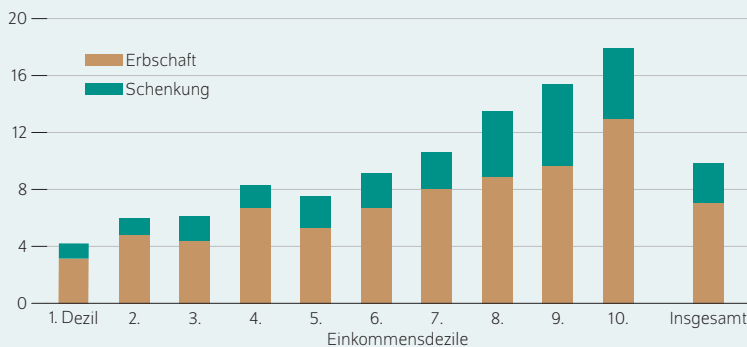
Schenkungen fallen typischerweise im jüngeren, Erbschaften im höheren Alter an: Während die Mehrheit der größeren Schenkungen an Personen bis zu einem Alter von 45 Jahren geht, erhalten Erbschaften vor allem Personen ab einem Alter von 55 Jahren (Abbildung 2). Schenkungen werden oft im Zusammenhang mit familiären Veränderungen von der Elterngeneration gewährt, wenn beispielsweise ein Kind/Enkelkind geboren oder eine Immobilie erworben wird.¹⁵ Während insgesamt rund zehn Prozent aller Erwachsenen in den vergangenen 15 Jahren mindestens eine Erbschaft oder eine größere Schenkung erhalten haben, sind es in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen 14 Prozent der Personen.

Um der Frage nachzugehen, ob sich diese Transfers nach sozialer Position unterscheiden, werden nun Dezile des

Abbildung 3

Erb- und Schenkungsquote 2017 nach Haushaltsnettoeinkommen

Häufigkeit im jeweiligen Einkommensdezil in Prozent



Anmerkungen: Erwachsene Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen, retrospektiv für das vorhergehende Jahr erhoben. Erbschaften und Schenkungen wurden retrospektiv für die vergangenen 15 Jahren jeweils im Jahr 2001 und 2017 erhoben. Ergebnisse mit einem 1-prozentigen Top + Bottom Coding.

Quelle: SOEP v35.

© DIW Berlin 2021

Je höher das Haushaltsnettoeinkommen, desto häufiger werden Erbschaften oder Schenkungen bezogen.

¹² Wie bereits eingangs erwähnt, dürfte das Gesamtvolumen unterschätzt sein, da zum Zeitpunkt der Erhebung noch keine Zusatzstichprobe von Top-Shareholdern im SOEP vorlag, die auch Erbschaften und Schenkungen am obersten Rand der Vermögensverteilung besser erfassen. Zudem werden in einer Haushaltsbefragung wie dem SOEP nur Erbschaften erfasst, die Privatpersonen zufließen, nicht aber Transfers an Stiftungen und andere Organisationen.

¹³ Carsten Schröder et al. (2020), a. a. O.

¹⁴ Vgl. auch den Begriff Gini-Koeffizient im DIW Glossar (online verfügbar).

¹⁵ Vgl. im Falle des Erwerbs von Immobilien Judith Niehues und Maximilian Stockhausen (2020): Die Bedeutung von Wohneigentum und geerbten Wohnimmobilien für die Vermögensbildung in Deutschland. In: Otto Deppenheuer, Eckhart Hertzsch und Michael Voigtländer (Hrsg.): Wohneigentum für breite Schichten der Bevölkerung. Bibliothek des Eigentums, 18. Springer, Berlin, Heidelberg, 95–112; bei familiären Veränderungen vgl. Thomas Leopold und Thorsten Schneider (2011): Family Events and the Timing of Intergenerational Transfers. In: Social Forces 90(2) 595–616 (online verfügbar).

bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens¹⁶ herangezogen (Abbildung 3). Dabei zeigt sich, dass die höheren Einkommensdezile häufiger Erbschaften und Schenkungen erhalten. So liegt der entsprechende Anteil von intergenerationalen Transfers im ersten Dezil bei rund vier Prozent, steigt auf neun Prozent im sechsten Dezil bis hin zu knapp 18 Prozent im obersten Dezil.¹⁷

Vermögensdifferenz zwischen Begünstigten und Nicht-Begünstigten liegt bei 142 000 Euro

Wird das individuelle Nettovermögen der Personen mit einem Transfererhalt betrachtet, ist dies im Jahr 2017 um 142 000 Euro höher als das Vermögen von Personen ohne Transfererhalt. Dieser Betrag ist weitaus höher als der eigentliche Zuwachs durch Erbschaft und Schenkungen, der durchschnittlich bei rund 85 000 Euro liegt.

Auch nach Altersgruppen differenziert sind die Nettovermögen derjenigen, die intergenerationale Transfers erhalten haben, stets höher als derjenigen ohne entsprechende Transfers. Am höchsten ist die Differenz in der Gruppe der 45- bis 54-Jährigen mit 176 000 Euro. Betrachtet wird hier jeweils nur der zweite Beobachtungszeitraum von 2002 bis 2017.

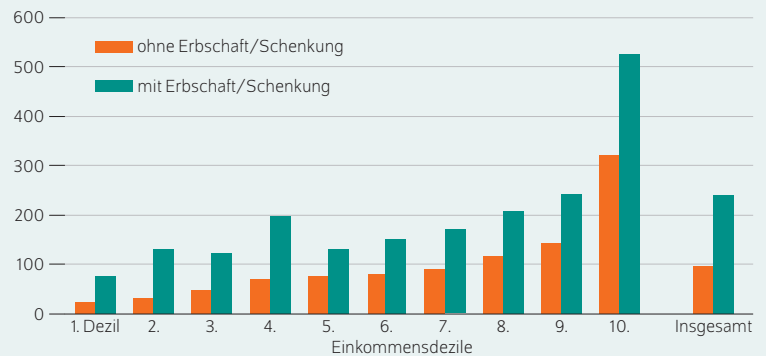
Unter Berücksichtigung der Dezile des Haushaltsnettoeinkommens wird ersichtlich, dass Personen, die selbst bereits ein überdurchschnittliches Einkommen aufweisen, häufig auch höhere Erbschafts- beziehungsweise Schenkungsbeträge erhalten haben (Abbildung 4). Hier spielt die familiäre Herkunft eine relevante Rolle, da die eigene soziale Stellung neben Bildung, Einkommen und Vermögen auch über intergenerationale Transfers an die nachfolgende Generation übertragen werden kann.

Ostdeutsche erhalten seltener und weniger Transfers

Auch die regionale Herkunft spielt bei einem Vergleich von Erbschaften und Schenkungen eine wichtige Rolle. Systembedingt waren Personen in der DDR weniger in der Lage, private Vermögen aufzubauen und an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben, als in Westdeutschland.¹⁸ Entsprechend sind die individuellen Nettovermögen in Ostdeutschland mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung mit im Schnitt 55 000 Euro nicht einmal halb so groß wie in Westdeutschland mit 121 000 Euro.¹⁹ Diese Unterschiede machen sich auch bei den intergenerationalen Transfers bemerkbar (Abbildung 5). Menschen in den

Abbildung 4

Durchschnittliches Nettovermögen nach Einkommensdezilen und Transferbezug 2017 In tausend Euro



Anmerkungen: Erwachsene Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen, retrospektiv für das vorhergehende Jahr erhoben. Erbschaften und Schenkungen wurden retrospektiv für die vergangenen 15 Jahren im Jahr 2017 erhoben. Ergebnisse mit einem 1-prozentigen Top + Bottom Coding.

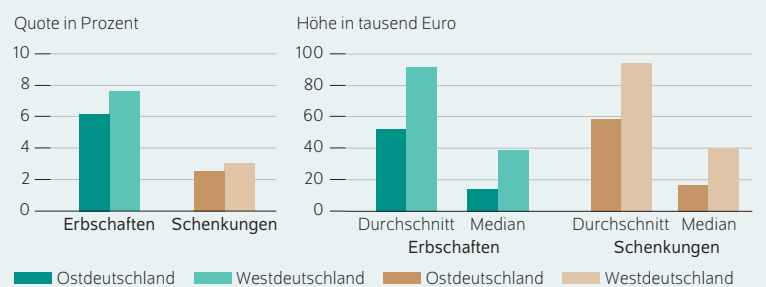
Quelle: SOEP v35.

© DIW Berlin 2021

Je höher das Haushaltsnettoeinkommen ist, desto höher ist in der Regel auch das erhaltene Erbe oder die Schenkung.

Abbildung 5

Erbschaften und größeren Schenkungen nach Region, 2002–2017 In Prozent und tausend Euro¹



1 Real in Preisen von 2015.

Anmerkungen: Ergebnisse mit einem 1-prozentigen Top + Bottom Coding. Erbschaften und Schenkungen wurden retrospektiv für die vergangenen 15 Jahren im Jahr 2017 erhoben.

Quelle: SOEP v35.

© DIW Berlin 2021

Die Quoten und Transfersummen sind im Osten Deutschlands deutlich niedriger.

¹⁶ Als Bedarfsgewicht wird die modifizierte OECD-Äquivalenzskala herangezogen, die auch im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Anwendung findet.

¹⁷ Der Befund, dass Personen aus einkommensstarken Haushalten häufiger und auch deutlich höhere intergenerationale Transfers erhalten als Personen aus einkommensschwachen Haushalten, wurde mehrfach beschrieben, vgl. Westermeyer, Tiefensee und Grabka (2016), a. a. O.

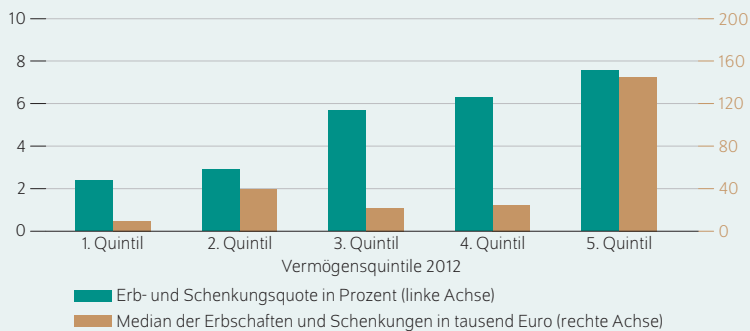
¹⁸ Zudem haben in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung geringere Löhne und eine höhere Arbeitslosigkeit die Vermögensakkumulation eingeschränkt.

¹⁹ Vgl. Markus M. Grabka und Christoph Halbmeier (2019): Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch. DIW Wochenbericht Nr. 40, 735–745 (online verfügbar).

Abbildung 6

Erbschaften und Schenkungen 2013–2017 nach Quintilen des individuellen Nettovermögens

Quote in Prozent (linke Achse) und Höhe in tausend Euro¹



¹ In Preisen von 2015.

Anmerkungen: Erwachsene Personen in Privathaushalten, Vermögensinformationen mit 0,1-prozentigem Top-Coding, Erbschaften und Schenkungen wurden retrospektiv für die vergangenen 15 Jahren im Jahr 2017 erhoben, Quintile basierend auf dem Jahr 2012 berechnet.

Quelle: SOEP v35.

© DIW Berlin 2021

Die 20 Prozent mit dem höchsten Nettovermögen erhalten auch die größten Erbschaften und Schenkungen.

ostdeutschen Bundesländern erhalten nicht nur seltener Erbschaften und Schenkungen als Westdeutsche. Auch die Summen sind in Ostdeutschland deutlich kleiner. So betragen beispielsweise die Erbsummen in Westdeutschland für den Zeitraum 2002 bis 2017 im Schnitt rund 92 000 Euro, während es in Ostdeutschland nur 52 000 Euro sind. Vergleichbare Ergebnisse finden sich für die Schenkungssummen mit rund 94 000 Euro beziehungsweise 58 000 Euro.

Uneinheitliche Effekte von Erbschaften auf die Vermögensungleichheit

Soziale Ungleichheit wird auf vielfältige Art und Weise von den Eltern auf ihre Kinder übertragen. Materielle Transfers in Form von Erbschaften und Schenkungen können dabei maßgeblich die soziale Position der nachfolgenden Generation beeinflussen. Die Wirkung von Erbschaften und Schenkungen auf die Vermögensungleichheit ist wiederholt Gegenstand wissenschaftlicher Debatten.²⁰ Dabei wird einerseits argumentiert, dass Erbschaften und Schenkungen ungleich verteilt sind und hierbei vor allem einkommensstarke oder bereits vermögende Personen häufiger und auch höhere Summen erben oder geschenkt bekommen. Andererseits

²⁰ Vgl. z. B. Harald Künemund und Claudia Vogel (2008): Erbschaften und ihre Konsequenzen für die soziale Ungleichheit. In: Harald Künemund und Klaus R. Schroeter (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten und kulturelle Unterschiede in Lebenslauf und Alter – Fakten, Prognosen und Visionen. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 221–231 (online verfügbar); Martin Kohli und Harald Künemund (2009): Verschärfen oder verringern Erbschaften die soziale Ungleichheit? In: Sylke Nissen und Georg Vobruba (Hrsg.): Die Ökonomie der Gesellschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 95–107; Maximilian Stockhausen (2020): Erbschaften und Schenkungen reduzieren die Vermögenskonzentration. IW-Kurzbericht Nr. 73; Edward N. Wolff and Maury Gittleman (2014): Inheritances and the distribution of wealth or whatever happened to the great inheritance boom? The Journal of Economic Inequality, 12, 439–468.

Tabelle 2

Einfluss von intergenerationalen Transfers auf die relative Vermögensungleichheit

Gini-Koeffizient auf einer Skala zwischen 0 und 1

	Relative Ungleichheit	
	Gini	Veränderung in Prozent
Personen mit Transfers		
2012 (vor Transfer)	0,644	
2017 (nach Transfer)	0,607	–5,8
Personen ohne Transfers		
2012	0,785	
2017	0,764	–2,6

Anmerkungen: Erwachsene Personen in Privathaushalten, Vermögensinformationen mit 0,1-prozentigem Top-Coding, Informationen der Jahre 2012 und 2017.

Quelle: SOEP v35.

© DIW Berlin 2021

wird argumentiert, dass intergenerationale Transfers eine dämpfende Wirkung auf die Vermögensungleichheit haben, etwa wenn hohe Vermögen von wenigen – vorwiegend älteren – Menschen durch Erbschaften und Schenkungen an mehrere junge Menschen mit geringeren Vermögen verteilt werden. Diese unterschiedlichen Befunde erklären sich daraus, dass ihnen unterschiedliche Konzepte von relativer und absoluter Ungleichheit zugrunde liegen.

Um den Einfluss intergenerationaler Transfers auf die Ungleichheit der individuellen Nettovermögen zu analysieren, werden zwei Gruppen gebildet: Die erste Gruppe umfasst diejenigen, die Transfers erhalten haben; die zweite Gruppe geht leer aus. Zudem werden zwei Zeitpunkte betrachtet und zwar die Jahre 2012 und 2017. Es werden nur Transfers berücksichtigt, die zwischen diesen Zeitpunkten geflossen sind, so dass dadurch die Vermögensverteilung vor und nach dem Erhalt von Transfers beschrieben werden kann.

Werden die Vermögensquintile²¹ des Jahres 2012 betrachtet, ergibt sich folgendes Bild: Nur zwei Prozent des ärmsten Fünftels der Bevölkerung erhalten demnach im Zeitraum 2012 bis 2017 solche Transfers (Abbildung 6). Diese Quote steigt weiter auf rund sechs Prozent im dritten Quintil bis hin zu knapp acht Prozent im obersten Fünftel. Zudem unterscheiden sich die erhaltenen Summen zwischen den Quintilen. Im ersten Quintil fällt die Höhe der erhaltenen Transfers mit 10 000 Euro am geringsten aus. In den mittleren Quintilen schwankt der jeweilige Median zwischen 21 000 Euro und knapp 40 000 Euro.

Im obersten Quintil steigt der Wert um das mehr als Dreifache auf 145 000 Euro. Die Durchschnittswerte liegen bis auf das oberste Quintil mit rund 126 000 Euro deutlich über den Medianwerten.

²¹ Quintile erhält man, indem man die Bevölkerung nach der Höhe des Nettovermögens sortiert und in fünf Gruppen unterteilt. Die Vermögensquintile wurden auf das Jahr 2012 fixiert.

Dies bedeutet, dass Personen aus dem obersten Quintil nicht nur häufiger intergenerationale Transfers erhalten, sondern dass auch die geerbten oder geschenkten Beträge deutlich höher als in den anderen Quintilen sind.

Relative Ungleichheit sinkt, absolute Ungleichheit steigt

Zur Beschreibung der relativen Vermögensungleichheit wird der Gini-Koeffizient herangezogen. Je höher der Wert zwischen 0 und 1, desto höher ist die gemessene Ungleichheit (Tabelle 2). In der Vergleichsgruppe der Personen ohne Transfers liegt der Gini-Koeffizient vor dem Erhalt von Erbschaften bei 0,785. Fünf Jahre später beläuft sich dieser Wert auf 0,764. Die Vermögensungleichheit in dieser Vergleichsgruppe ist also leicht gesunken. Anders verhält es sich mit den TransferempfängerInnen. Bei diesen sinkt die ohnehin geringere Vermögensungleichheit mit knapp sechs Prozent um mehr als das Doppelte. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,607 (nach 0,644) bleibt die Verteilung der individuellen Nettovermögen der ErbInnen nach Erhalt der Transfers damit deutlich homogener als bei den NichterbInnen. Mit Erhalt von Transfers nimmt die relative Ungleichheit also ab.

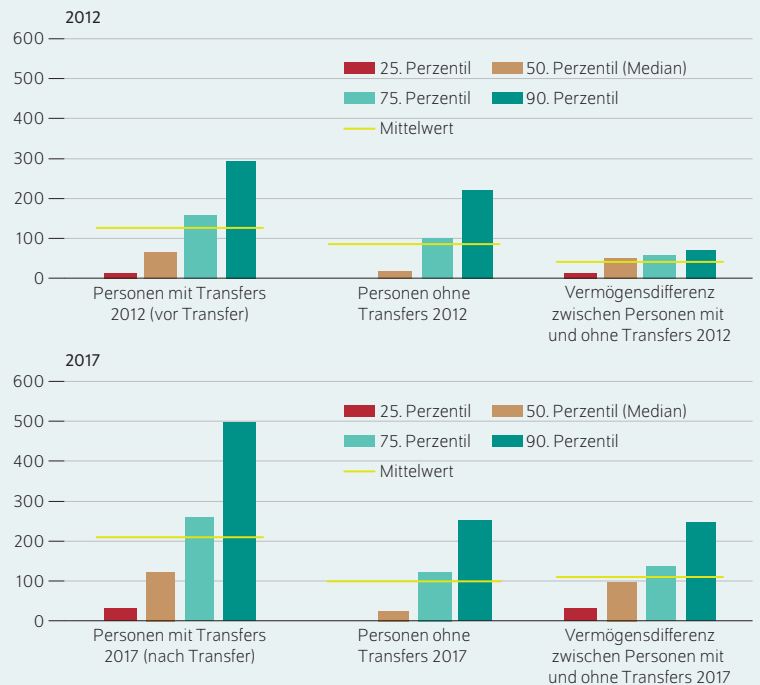
Zur Messung der absoluten Vermögensungleichheit werden Vermögensdifferenzen zwischen der Gruppe der TransferempfängerInnen und derjenigen ohne Erhalt von Transfers gebildet. Dabei werden sowohl der Mittelwert als auch verschiedene Perzentile²² der gruppenspezifischen Verteilung herangezogen (Abbildung 7). Hier zeigt sich ein anderes Bild: Die Vermögensdifferenz zwischen Personen mit und ohne Transfererhalt beträgt im Jahr 2012 durchschnittlich rund 41 000 Euro. Sie steigt um mehr als das Doppelte auf 110 000 Euro nach Erhalt von Erbschaften und Schenkungen.

Bei einer genaueren punktuellen Betrachtung der Verteilung mithilfe von Perzentilen zeigt sich, dass sich die Vermögensdifferenz an verschiedenen Stellen der Vermögensverteilung unterschiedlich stark verändert. Beispielsweise verdreifacht sich beim 90. Perzentil die Vermögensdifferenz zwischen den beiden Vergleichsgruppen von 71 000 Euro im Jahr 2012 auf 245 000 Euro im Jahr 2017. Durch die Erbschaften und Schenkungen fällt somit der Vermögenszuwachs bei den TransferempfängerInnen erheblich größer aus und deren Position in der Verteilung verbessert sich.

Die absolute Vermögensungleichheit nimmt also zu, auch wenn sich die relative Ungleichheit, wie sie der Gini-Koeffizient widerspiegelt, abschwächt. Eine Erbschaft in Höhe von beispielsweise 5 000 Euro bei einem Ausgangsvermögen von 10 000 Euro bedeutet eine relative Vermögensveränderung von 50 Prozent. Wird dagegen eine Erbschaft in Höhe von 40 000 Euro bei einem Ausgangsvermögen von 200 000 Euro bezogen, so macht die relative Bedeutung des Transfers nur 20 Prozent aus. Die relative Bedeutung selbst

Abbildung 7

Einfluss von intergenerationalen Transfers auf die absolute Vermögensungleichheit In tausend Euro



Anmerkungen: Erwachsene Personen in Privathaushalten, Vermögensinformationen mit 0,1-prozentigem Top-Coding, Informationen der Jahre 2012 und 2017.

Quelle: SOEP v35.

© DIW Berlin 2021

Die Vermögensdifferenz zwischen Begünstigten und Nicht-Begünstigten hat sich im Schnitt zwischen 2012 und 2017 mehr als verdoppelt.

von kleinen Transfers ist damit am unteren Ende der Vermögensverteilung vergleichsweise groß, was insgesamt die relative Ungleichheit sinken lässt. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass die absolute Ungleichheit zwischen den beiden Personen zunimmt, da die Vermögensdifferenz um 35 000 Euro steigt. Beide Effekte – Reduktion der Ungleichheit und Verschärfung der Ungleichheit – sind also gleichzeitig möglich, je nach Betrachtung der absoluten oder der relativen Ungleichheit.²³ Doch im täglichen Leben ist für den einzelnen die Höhe der Transfers und damit die absolute Ungleichheit aussagekräftiger und entscheidender.

Vermögensdifferenz wächst in der älteren Kohorte stärker als in der jüngeren Kohorten

Da sich die beiden Vergleichsgruppen vor allem im Hinblick auf das Alter unterscheiden, wird im Folgenden der Effekt von Erbschaften und Schenkungen auf die

²² Perzentile erhält man, indem man die Personen nach der Höhe des Nettovermögens sortiert und in 100 Gruppen einteilt. Ein Perzentil gibt somit an, welcher Anteil der Verteilung über oder unter diesem Messwert liegt.

²³ Siehe hierzu ausführlich Martin Kohli et al. (2006): Erbschaften und ihr Einfluss auf die Vermögensverteilung. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2006, 58-76; Thomas Lux et al. (2010): Einfluss von Erbschaften auf die Vermögensverteilung. In: Claudia Vogel, Harald Künemund und Uwe Faching (Hrsg.), a. a. O.

Tabelle 3

Einfluss von intergenerationalen Transfers auf die Ungleichheit der individuellen Nettovermögen

Gini-Koeffizient auf einer Skala zwischen 0 und 1 und in Euro für ausgewählte Kohorten

Kohorte (1935–1950)	Relative Ungleichheit		Individuelles Nettovermögen in Euro					Absolute Ungleichheit				
								Vermögensdifferenz zwischen Personen mit und ohne Transfers				
	Gini	Veränderung in Prozent	Durchschnitt	25. Perzentil	50. Perzentil (Median)	75. Perzentil	90. Perzentil	Durchschnitt	25. Perzentil	50. Perzentil (Median)	75. Perzentil	90. Perzentil
Personen mit Transfers												
2012 (vor Transfer)	0,555		181 265	43 728	120 906	222 297	478 888	46 289	38 579	54 972	58 891	159 423
2017 (nach Transfer)	0,553	–0,3	234 180	64 225	154 902	323 823	503 843	99 674	60 303	97 353	153 823	182 798
Personen ohne Transfers												
2012	0,689		134 976	5 149	65 934	163 405	319 465					
2017	0,700	1,5	134 506	3 922	57 549	170 000	321 045					

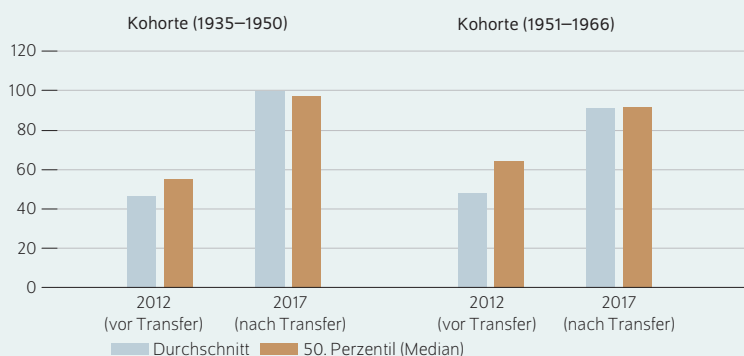
Kohorte (1951–1966)	Relative Ungleichheit		Individuelles Nettovermögen in Euro					Absolute Ungleichheit				
								Vermögensdifferenz zwischen Personen mit und ohne Transfers				
	Gini	Veränderung in Prozent	Durchschnitt	25. Perzentil	50. Perzentil (Median)	75. Perzentil	90. Perzentil	Durchschnitt	25. Perzentil	50. Perzentil (Median)	75. Perzentil	90. Perzentil
Personen mit Transfers												
2012 (vor Transfer)	0,572		150 320	31 583	100 308	176 708	340 165	47 741	31 583	63 996	49 750	91 586
2017 (nach Transfer)	0,547	–4,5	208 693	55 932	139 235	257 255	490 196	91 208	55 932	91 593	111 373	201 741
Personen ohne Transfers												
2012	0,744		102 579	0	36 312	126 957	248 578					
2017	0,718	–3,5	117 485	0	47 642	145 882	288 455					

Anmerkungen: Erwachsene Personen in Privathaushalten, Vermögensinformationen mit 0,1-prozentigem Top-Coding, Informationen der Jahre 2012 und 2017.

Quelle: SOEP v35.

© DIW Berlin 2021

Abbildung 8

Vermögensdifferenz zwischen Personen mit und ohne Transfers
In tausend Euro

Anmerkungen: Erwachsene Personen in Privathaushalten, Vermögensinformationen mit 0,1-prozentigem Top-Coding, Informationen der Jahre 2012 und 2017.

Quelle: SOEP v35.

© DIW Berlin 2021

Schon vor Transfers bestand eine große Differenz zwischen den später Begünstigten und Nicht-Begünstigten. Nach Transfer vergrößert sich die Lücke weiter – vor allem in der Rentnergeneration.

Vermögensungleichheit für zwei ausgewählte Geburtskohorten beschrieben. Dies sind zum einen Personen, die sich bereits im Rentenalter befinden (Geburtskohorte der zwischen 1935 und 1950 Geborenen) und zum anderen rentennahe Personen mit den Geburtsjahren 1951 bis 1966 (Tabelle 3).

Intergenerationelle Transfers reduzieren die relative Ungleichheit gemessen am Gini-Koeffizienten in der älteren Geburtskohorte deutlich weniger als in der jüngeren. Differenzierter ist das Bild für die absolute Vermögensungleichheit. Zunächst beträgt die Vermögensdifferenz zwischen der Gruppe mit und ohne Transfer sowohl in der älteren Kohorte als auch in der jüngeren Kohorte durchschnittlich jeweils rund 47 000 Euro.

Bis zum Jahr 2017 wächst die Vermögensdifferenz zwischen denjenigen, die Transfers erhalten haben, und denjenigen ohne Transfers deutlich an – bei der älteren Kohorte allerdings mit 53 000 Euro etwas stärker als bei der jüngeren Kohorte mit 43 000 Euro (Abbildung 8). Der Zuwachs der absoluten Vermögensungleichheit ist in der älteren Kohorte auch dann stärker als in der jüngeren Kohorte, wenn als robustes Maß zur Bestimmung des Vermögens der Median herangezogen wird.

Fazit: Freibeträge und Fristen reformieren

Zehn Prozent aller Erwachsenen in Deutschland haben in den vergangenen 15 Jahren eine Erbschaft oder größere Schenkung erhalten. Dabei sind intergenerationale Transfers ähnlich ungleich verteilt wie die Nettovermögen. Möchte man die absolute Ungleichheit, die durch Erbschaften und Schenkungen noch mal verstärkt wird, reduzieren, wäre es möglich, das Steuerrecht in Bezug auf Erbschaften und Schenkungen zu reformieren.²⁴

Große Erbsummen – da sie häufig von bereits vermögenden Personen empfangen werden – verschärfen die absolute Ungleichheit der Vermögen. Zu hohe Freibeträge begünstigen diese Entwicklung. Insofern könnte die Ausgestaltung dieser Freibeträge überdacht werden. Allerdings bleibt dabei zu berücksichtigen, dass derzeit verschiedene Vermögensbestandteile (wie Immobilien, Unternehmen oder Geldvermögen) unterschiedlich steuerlich bewertet werden.

Würden große und sehr große Erbschaften effektiver besteuert, ergäbe sich Spielraum, Freibeträge für nicht oder entfernt verwandte Personen anzuheben, die derzeit sehr viel niedriger sind als für EhepartnerInnen oder leibliche Kinder (zum Beispiel für nichteheliche Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner, für Kinder der Partnerinnen oder Partner,

die nicht die eigenen sind, für Nichten und Neffen oder für Wahlverwandte aus dem Freundeskreis und der Nachbarschaft). Dies würde nicht nur der neuen Vielfalt der Familienformen entsprechen, sondern auch zusätzlich die soziale Ungleichheit reduzieren.²⁵

Auch zu überdenken wäre die Zehnjahresfrist, die es ermöglicht, die Freibeträge im Abstand von zehn Jahren wiederholt in Anspruch zu nehmen. Diese eignet sich vor allem für Personen mit sehr großen Vermögen, um über einen längeren Zeitraum Vermögen weitgehend steuerfrei zu übertragen.²⁶ Würde die Zehnjahresfrist aufgehoben, könnten damit die Freibeträge pro ErblasserIn/SchenkerIn nur einmal im Leben in Anspruch genommen werden und die Transfers würden effektiver besteuert. Dies könnte auch der hohen Staatsverschuldung durch die Hilfsmaßnahmen in der Corona-Pandemie entgegenwirken.

²⁵ Zudem ist zu beachten, dass fixe Freibeträge regionale Preisunterschiede – wie dies bei Immobilien der Fall ist – nicht berücksichtigen, so dass je nach Region ErbInnen und Beschenkte davon unterschiedlich stark profitieren.

²⁶ Dies wird offensichtlich an einem einfachen Rechenbeispiel: Jedes Elternteil kann bis zu 400 000 Euro steuerfrei an ein Kind alle zehn Jahre übertragen. Leben die Großeltern noch, so können diese weitere jeweils 200 000 Euro alle zehn Jahren an das Enkelkind verschenken. Bereits bis zum 10. Lebensjahr kann somit ein Kind bis zu 1,6 Millionen Euro steuerfrei erhalten. Werden die Freibeträge im folgenden Lebensjahrzehnt noch einmal genutzt, stehen dem Kind im 21. Lebensjahr 3,2 Millionen steuerfrei an Vermögen zur Verfügung. Sicher werden solche Fälle selten sein, aber die generelle Problematik lässt sich an einem weiteren Beispiel verdeutlichen: Ein durchschnittlicher vollzeitbeschäftigter männlicher lediger Arbeitnehmer in Westdeutschland hat im Jahr 2019 einen Nettoverdienst von 34 416 Euro. Bei einer durchschnittlichen Sparquote von zehn Prozent benötigte er knapp 930 Jahre, um auf ein vergleichbares Nettovermögen von 3,2 Millionen Euro (ohne Zinseszinsseffekte und ohne Wertsteigerungen) zu kommen.

²⁴ So hatten im Jahr 2017 die Erbschaft- und Schenkungsteuern am gesamten Steueraufkommen einen Anteil von 0,83 Prozent, vgl. Bundesministerium für Finanzen (2020): Steuereinnahmen nach Steuerarten 2010–2017 (online verfügbar).

Kira Baresel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Empirische Altersforschung und Forschungsmethoden am Institut für Gerontologie der Universität Vechta | kira.baresel@uni-vechta.de

Heike Eulitz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Empirische Altersforschung und Forschungsmethoden am Institut für Gerontologie der Universität Vechta | heike.eulitz@uni-vechta.de

Uwe Fachinger ist Fachgebietsleiter des Bereichs Ökonomie und Demographischer Wandel am Institut für Gerontologie der Universität Vechta | uwe.fachinger@uni-vechta.de

Markus M. Grabka ist Mitglied im Direktorium und Leiter des Bereichs Wissenstransfer der Infrastruktureinrichtung Sozioökonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin | mgrabka@diw.de

Christoph Halbmeier ist Doktorand der Infrastruktureinrichtung Sozioökonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin | chalbmeier@diw.de

Harald Künemund ist Fachgebietsleiter des Bereichs Empirische Altersforschung und Forschungsmethoden am Institut für Gerontologie der Universität Vechta | harald.kuenemund@uni-vechta.de

Alberto Lozano Alcántara ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) Berlin | alberto.lozano@dza.de

Claudia Vogel ist Leiterin des Deutschen Alterssurveys (DEAS) am Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) Berlin | claudia.vogel@dza.de

JEL: D64, D31, I31

Keywords: inheritance, bequest, financial transfers, inequality, SOEP



INTERVIEW

„Die absolute Ungleichheit steigt durch Erbschaften und Schenkungen“

Markus M. Grabka, Direktorium SOEP und kommissarische Bereichsleitung Wissenstransfer in der Infrastruktureinrichtung Sozio-ökonomisches Panel

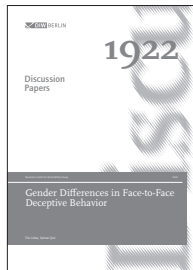
1. **Herr Grabka, wie viele Personen in Deutschland haben in den letzten 15 Jahren eine Erbschaft oder Schenkung erhalten?** In den vergangenen 15 Jahren haben etwa zehn Prozent der befragten Erwachsenen eine Erbschaft oder größere Schenkung erhalten. Je höher das Einkommen beziehungsweise das eigene Vermögen ist, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass diese Personen eine Erbschaft oder eine Schenkung erhalten.
2. **Um welche Summen geht es dabei und wie fällt der Vergleich zu den Jahren davor aus?** Die Höhe der Erbschaften und Schenkungen lag zwischen 2002 und 2017 im Schnitt bei etwas mehr als 85 000 Euro. In der Zeit zwischen 1986 und 2001 lag dieser Durchschnitt bei 72 500 Euro. Das macht also einen Anstieg von knapp 20 Prozent. Gemessen am Median fällt der Zuwachs mit 23 Prozent sogar noch stärker aus.
3. **Welche Personengruppen erhalten am ehesten eine Schenkung oder eine Erbschaft?** Zunächst sind das Personen in Westdeutschland, weil Personen in der DDR systembedingt weniger in der Lage waren, Vermögen aufzubauen, und entsprechend auch weniger an ihre Kinder oder Enkelkinder weitergeben. Ansonsten spielt die soziale Herkunft eine Rolle. Kinder, die in einem Haushalt aufgewachsen sind, der bereits ein höheres Einkommens- und Vermögensniveau aufwies, erhalten später im Schnitt auch höhere Erbschaften und Schenkungen.
4. **Welche Rolle spielt das Alter bei Schenkungen und bei Erbschaften?** Schenkungen erhalten eher Personen in einem Alter zwischen 35 und 45 Jahren. Das sind typischerweise Lebenssituationen wie die Geburt eines Enkelkinds, in denen die Elterngeneration ihre Kinder noch zu Lebzeiten finanziell unterstützt. Erbschaften finden dagegen eher ab einem Alter von 50 bis 55 Jahren statt, wenn entweder ein Ehepartner oder die Elterngeneration stirbt.
5. **Welchen Einfluss haben Erbschaften und Schenkungen auf die Vermögensungleichheit?** Hier muss man zwischen relativer und absoluter Ungleichheit unterscheiden. Die relative Ungleichheit wird zum Beispiel am Gini-Koeffizienten gemessen. Hier beobachten wir, dass die relative Ungleichheit durch Erbschaften und Schenkungen eher sinkt. Das ist wenig verwunderlich, denn wenn eine Person stirbt, überträgt sie ihr Vermögen oft auf mehrere Erben, wodurch das Vermögen auf mehrere Personen umverteilt wird. Die absolute Ungleichheit hingegen nimmt durch Erbschaft und Schenkung zu. Bei der absoluten Ungleichheit messen wir die Vermögensdifferenz zwischen denjenigen, die eine Erbschaft oder Schenkung erhalten haben und denen, die diesen Transfer nicht erhalten haben. Bei Durchschnittserbschaftssummen von 85 000 Euro nimmt natürlich die Vermögensdifferenz zwischen diesen Personengruppen zu.
6. **Wie ließe sich der Anstieg der absoluten Ungleichheit durch Erbschaften und Schenkungen reduzieren?** Derzeit bietet das Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht die Möglichkeit, Freibeträge mehrmals, nämlich alle zehn Jahre, in Anspruch zu nehmen. Das trägt zu einer deutlichen Ungleichbehandlung von Personen bei, die hohe und Personen, die nur niedrige Erbschaften und Schenkungen erhalten. Beispielsweise betragen die Freibeträge bei Kindern 400 000 Euro pro individuellem Elternteil. In zehn Jahren können beide Elternteile 800 000 Euro steuerfrei an ein Kind übertragen. Darüber hinaus sollte man die veränderten Familienformen in Deutschland stärker berücksichtigen. In Patchworkfamilien, in denen nicht leibliche Kinder mit nicht leiblichen Elternteilen zusammen leben, sind derzeit bei Erbschaften und Schenkungen sehr hohe Steuerraten zu leisten und die Freibeträge gering. Für diese Konstellationen sollten die Freibeträge angehoben werden.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview und auf www.spotify.com

Discussion Papers Nr. 1922
2020 | Tim Lohse, Salmai Qari



Gender Differences in Face-to-Face Deceptive Behavior

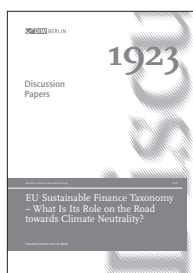
We study the role of face-to-face interaction for gender differences in deceptive behavior and perceived honesty. In the first part, we compare women to men's deceptive behavior using data from an incentivized income-reporting experiment with three treatments. Reporting is fully computerized in a baseline treatment but occurs face-to-face in the second and third treatment. Lies can be detected in the course of an audit, which happens with a given probability in the first and second treatment whereas it depends on perceptions by others in the third treatment. In the computerized baseline treatment, men and women's deceptive behavior is statistically indistinguishable. However, women's truthfulness increases when face-to-face interaction is introduced in the second treatment. In contrast, men's deceptive behavior does not change until the audit probability depends on their perceived honesty in the third treatment. Then, men's truthfulness rises sharply and exceeds women's level of honesty by far. We elaborate on these gender differences in the second part. We conduct an experiment to assess the honesty of videotaped income-reporting statements from a setting identical to the third treatment. Our findings confirm that men anticipate their low perceived honesty, which is consistent with the results from the first part.

men's truthfulness increases when face-to-face interaction is introduced in the second treatment. In contrast, men's deceptive behavior does not change until the audit probability depends on their perceived honesty in the third treatment. Then, men's truthfulness rises sharply and exceeds women's level of honesty by far. We elaborate on these gender differences in the second part. We conduct an experiment to assess the honesty of videotaped income-reporting statements from a setting identical to the third treatment. Our findings confirm that men anticipate their low perceived honesty, which is consistent with the results from the first part.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1923
2020 | Franziska Schütze, Jan Stede



EU Sustainable Finance Taxonomy – What Is Its Role on the Road towards Climate Neutrality?

The EU Taxonomy is the first standardised and comprehensive classification system for sustainable economic activities. It covers activities responsible for up to 80 percent of EU greenhouse gas emissions and may play an important role in channelling investments into low-carbon technologies by helping investors to make informed decisions. However, especially in transition sectors much depends on the stringency of the technical performance thresholds that the Taxonomy applies to economic activities that are not yet "green". This paper shows that for several sectors, the thresholds are not yet on track to support the transition towards climate neutrality. To this end, we analyse a large-scale public consultation with detailed responses to the specific thresholds from a variety of stakeholders. Two distinct use cases of the Taxonomy complicate the use of a single threshold for emission-intensive sectors: For new investments, criteria need to be stricter than for current activities of companies. We also argue that for the sectors not covered by the Taxonomy, there is a need to differentiate between low-emissions activities and high-emission activities that are incompatible with a low-carbon future.

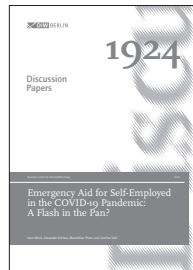
transition towards climate neutrality. To this end, we analyse a large-scale public consultation with detailed responses to the specific thresholds from a variety of stakeholders. Two distinct use cases of the Taxonomy complicate the use of a single threshold for emission-intensive sectors: For new investments, criteria need to be stricter than for current activities of companies. We also argue that for the sectors not covered by the Taxonomy, there is a need to differentiate between low-emissions activities and high-emission activities that are incompatible with a low-carbon future.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1924

2020 | Joern Block, Alexander S. Kritikos, Maximilian Priem, Caroline Stiel



Emergency Aid for Self-Employed in the COVID-19 Pandemic: A Flash in the Pan?

The self-employed are among those facing the highest probability of strong income losses during the COVID-19 pandemic. Governments in many countries introduced support programs to support the self-employed, including the German federal government, which approved a €50bn emergency aid program at the end of March 2020 offering one-off lump-sum payments of up to €15,000 to those facing substantial revenue declines. In this contribution, we investigate the impact of this program using a real-time online-survey data with a total of more than 20,000 observations. We employ propensity score matching,

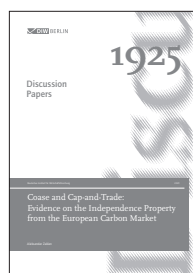
making use of a rich set of variables that influence selection into the treatment and the outcome variable, the subjective survival probability. We observe that the emergency aid program had significant effects, with the subjective survival probability of self-employment being moderately increased. We further reveal important effect heterogeneities with respect to education, risk tolerance, and industries. We also observe positive effects only among those whose application was processed within a few days. Lastly, the positive effect on the survival probability is fading out already two weeks after the emergency aid was granted. Our findings have important policy implications for the design of such support programs in the course of this crisis.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1925

2021 | Aleksandar Zaklan



Coase and Cap-and-Trade: Evidence on the Independence Property from the European Carbon Market

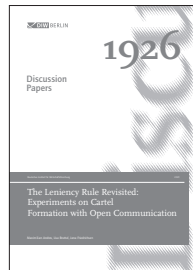
This paper tests the independence property under the Coase Theorem in a large multi-national cap-and-trade scheme for greenhouse gas emissions, the EU Emissions Trading System (EU ETS). I analyze whether emissions of power producers regulated under the EU ETS are independent from allowance allocations, leveraging a change in allocation policy for a difference-in-differences strategy. The evidence suggests that the independence property holds overall and for larger emitters. It fails for small emitters, indicating that transaction costs distort their emission decisions. However, due to their small share of aggregate emissions the independence property remains intact at the sector level.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1926

2021 | Maximilian Andres, Lisa Bruttel, Jana Friedrichsen



The Leniency Rule Revisited: Experiments on Cartel Formation with Open Communication

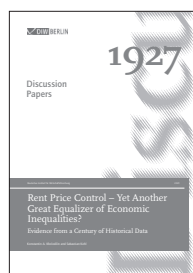
The experimental literature on antitrust enforcement provides robust evidence that communication plays an important role for the formation and stability of cartels. We extend these studies through a design that distinguishes between innocuous communication and communication about a cartel, sanctioning only the latter. To this aim, we introduce a participant in the role of the competition authority, who is properly incentivized to judge communication content and price setting behavior of the firms. Using this novel design, we revisit the question whether a leniency rule successfully destabilizes cartels. In contrast to existing experimental studies, we find that a leniency rule does not affect cartelization. We discuss potential explanations for this contrasting result.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1927

2021 | Konstantin A. Kholodilin, Sebastian Kohl



Rent Price Control – Yet Another Great Equalizer of Economic Inequalities? Evidence from a Century of Historical Data

The long-run U-shaped patterns of economic inequality are standardly explained by basic economic trends (Piketty's $r > g$), taxation policies, or "great levelers," like catastrophes. This paper argues that housing policy, in particular rent control, is a neglected explanatory factor in understanding overall inequality. We hypothesize that rent control could decrease overall housing wealth, lower incomes of generally richer landlords, and increase disposable incomes of generally poorer tenants. Using original long-run data for up to 16 countries (1900-2016), we show that rent controls lowered wealth-to-income ratios, top income

shares, Gini-coefficients, rent increases, and rental expenditure. A counterfactual analysis using micro-data from the Luxembourg Income Study shows that rent controls could reduce rental expenditure of mostly lower-income tenants and rental incomes of mostly higher-income landlords. Overall, rent controls must be strict in order to have tangible effects and, historically, only strict rent controls have significantly reduced inequalities. The paper argues that housing policies should generally receive more attention in understanding economic inequalities.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





ALEXANDER KRIWOLUZKY

Schuldenbremse lieber modifizieren als abschaffen

Alexander Kriwoluzky ist Leiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Selten hat ein eher abstrakter Begriff wie die Schuldenbremse so die Gemüter erregt wie in den letzten Tagen. Für die einen ist die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ihr „Fetisch“ und fester Bestandteil einer wirtschaftspolitischen Grundordnung, für die anderen ein Zwangskorsett und der Grund für die zunehmende Unfähigkeit Deutschlands, sich den ökologischen und digitalen Herausforderungen der Zukunft zu stellen.

Auslöser war der Vorschlag des Chefs des Bundeskanzleramts, Helge Braun, die Schuldenbremse statt durch jährliche Einzelfallentscheidungen gleich für ein paar Jahre durch eine Grundgesetzänderung außer Kraft zu setzen. Der Vorschlag basiert auf der Einsicht, dass die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie die Sozialkassen und die öffentlichen Haushalte noch auf Jahre mit hohen Ausgaben belasten und Steuererhöhungen den wirtschaftlichen Aufschwung gefährden würden. Bleiben also nur noch neue Schulden als Ausweg. Versperrt die Schuldenbremse tatsächlich diesen Ausweg und sollte länger ausgesetzt oder sogar abgeschafft werden?

Ein Argument für die Schuldenbremse ist, dass sie funktioniert. Länder, die ihrer Fiskalpolitik Regeln auferlegen, kommen besser durch Krisen. Ein wichtiger Grund dafür ist der fiskalpolitische Spielraum, der es erlaubt, die Staatsausgaben in Krisenzeiten zu erhöhen. Dieser fiskalpolitische Spielraum wird durch einen geringeren Zinsaufschlag auf die Staatsanleihen und damit einer geringen zusätzlichen Belastung des Staatshaushaltes geschaffen. Solides Wirtschaften zahlt sich demnach in Krisenzeiten aus.

Diese positive Erfahrung hat Deutschland in der jetzigen Wirtschaftskrise gemacht. Und Helge Braun hat vollkommen recht, wenn er sagt, dass Steuererhöhungen dem Wirtschaftswachstum schaden und die langfristige Erholung gefährden.

Welche Alternative gibt es noch? Die Pandemie hat den Nachholbedarf Deutschlands in vielen Bereichen, vor allem in der Digitalisierung, aufgezeigt. Das Sparen als Folge der Schuldenbremse ging auf Kosten der öffentlichen Investitionen in eine

moderne und nachhaltige Infrastruktur. Um die Infrastruktur grundlegend zu modernisieren, wird in Deutschland der zusätzliche jährliche Investitionsbedarf auf 30 bis 150 Milliarden Euro angesetzt. Das ist – bei einem jährlichen Bundeshaushalt von rund 500 Milliarden Euro – auf den ersten Blick kaum vereinbar mit einem soliden Staatshaushalt.

Allerdings haben öffentliche Investitionen einen starken Wachstumseffekt, da sie private Investitionen und Konsum nach sich ziehen. Der Wachstumseffekt ist gerade in der jetzigen Situation enorm. Zum einen ist der Investitionsstau so groß, dass jede zusätzliche Investition einen großen Effekt hat. In vielen Bereichen wird eben nicht die fünfte Spur der Autobahn gebaut, sondern es werden Grundlagen geschaffen.

Des Weiteren befindet sich die Wirtschaft schon länger in einem Umfeld niedriger Zinsen, in dem fiskalisch expansive Politik einen größeren Effekt auf die Wirtschaft hat als in normalen Zeiten. Kredite sind damit sehr günstig und es ist auch nicht zu erwarten, dass die Zentralbank ihre Zinsen auf absehbare Zeit anhebt. Jeder investierte Euro erhöht damit die Wirtschaftsleistung. Da die Tragfähigkeit der Schulden eines Landes relativ zur Wirtschaftskraft gemessen wird, erlaubt dies Deutschland, in der nächsten Wirtschaftskrise wieder günstig Kredite aufnehmen zu können. Und das nicht trotz, sondern aufgrund der Investitionen.

Deswegen muss die Schuldenbremse so modifiziert werden, dass sie dringend benötigte öffentliche Investitionen erlaubt. Dies sollte auch fest im Grundgesetz verankert sein. Andererseits sollte die Schuldenbremse nach dem Ende der Pandemie auch mittelfristig wieder gelten. So würde Deutschland in den Genuss sowohl der Wachstumseffekte der Investitionen als auch der Solidität der Staatsfinanzen kommen.